



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 18. August 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 21. August 2023

Fokusthemen: **Finanzen**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich zum Auftakt der ersten Sitzung nach den Sommerferien nicht wie traktandiert mit der Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen» befassen, da diese zurückgezogen wurde. Nach der Behandlung einer Einzelinitiative und der zweiten Lesung zu höheren Abzügen für Kita-Kosten steht eine Diskussion über einen Beitrag für Leistungen im Bereich Naturbildung an. Danach wird der Rat bis zum Schluss der Sitzung Vorstösse behandeln, welche die Finanzdirektion betreffen.

Traktandum zur Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen» wird abgesetzt

Keine Diskussion wird es am Montag über die Volksinitiative zur Erhöhung der Vermögenssteuer geben ([5847](#)). Angesichts der positiven Entwicklung der finanziellen Situation des Kantons Zürich hat sich das Initiativkomitee letzte Woche entschieden, die Volksinitiative zurückzuziehen. Das Geschäft ist somit erledigt und wird von der Traktandenliste abgesetzt.

Einzelinitiativen zur Säkularisierung der Bundesverfassung

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer EI verlangt eine Person aus Dietlikon, der Kanton Zürich solle beim Bund eine Standesinitiative einreichen, mit dem Ziel, den Text der Bundesverfassung – namentlich die Präambel «Im Namen Gottes des Allmächtigen» – zu revidieren und von der Religion zu befreien.

Schlussabstimmung zu höheren Abzügen für Kita-Kosten

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Steuergesetzes zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, dass Eltern in der Steuererklärung künftig deutlich höhere Abzüge für die Kosten von Kindertagesstätten geltend machen können ([5851](#)). Statt wie bisher maximal 10'000 Franken pro Kind sollen es künftig 25'000 Franken sein. Nach der Redaktionslesung wird der Rat am Montag die Schlussabstimmung durchführen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

7,5 Millionen Franken für Leistungen im Bereich Naturbildung

Um die Naturbildung im Kanton Zürich weiterzuführen und zu stärken, sollen die fünf Naturzentren Neeracherried, Silberweide, Sihlwald, Thurauen und Pfäffikersee für die Jahre 2024 bis 2028 mit einem jährlichen Beitrag von bis zu 1,5 Millionen Franken unterstützt werden. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Beitrag von höchstens 7,5 Mio. Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an das Amt für Landschaft und Natur zu genehmigen ([5877](#)). Sie teilt die Meinung, dass Kenntnisse und Erfahrungen, die in den Naturzentren einer breiten Bevölkerung

anschaulich vermittelt werden, für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur im immer dichter besiedelten Kanton von grosser Bedeutung sind.

FIKO-Präsident: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Vorstösse zu Homeoffice, Pestiziden, Steuerabzügen und Staatsangestellten

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat bis zum Sitzungsende versuchen, möglichst viele der traktandierten Vorstösse zu behandeln, welche die Finanzdirektion betreffen. FDP-Kantonsrat Martin Farner fordert ein Modell zur steuerlichen Gleichbehandlung von Arbeit im Homeoffice und am Arbeitsplatz (Pendlerabzug, Abzug für auswärtige Verpflegung) ([KR-Nr. 184/2021](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Weil die Grünen den Vorstoss ablehnen, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden. Grünen-Kantonsrat Thomas Forrer möchte mit Unterstützung der SP, dass der Einsatz von Pestiziden in Privatgärten reduziert wird ([KR-Nr. 236/2021](#)). Der Regierungsrat lehnt das Postulat ab. SP-Kantonsrat Tobias Langenegger lädt mit Unterstützung von FDP, GLP und Grünen den Regierungsrat ein, in einem Bericht eine Auslegeordnung über die Steuerabzüge bei natürlichen Personen vorzunehmen ([KR-Nr. 309/2021](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat auch hier erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden. Und SVP-Kantonsrätin Elisabeth Pflugshaupt ersucht mit einem ursprünglich von Altkantonsrat Claudio Schmid eingereichten Postulat den Regierungsrat, in einem Bericht darzulegen, wie er die Nebentätigkeiten der Angestellten des Kantons Zürich überwacht und ob er diesbezüglich Handlungsbedarf ortet ([KR-Nr. 10/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

Martin Farner (FDP, Oberstammheim), 079 470 09 84

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) 076 576 72 72

Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau), 079 352 72 91

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12